Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vom 17. November 2000 zu dem Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) — Mitteilung des Senats vom 12. September 2000 (Drs. 15/452)**I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 13. September 2000 das Gesetz zum Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag in erster Lesung beschlossen und zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten überwiesen.

Der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll am 1. Januar 2001 in Kraft treten. Dazu ist eine Ratifikation durch die Bürgerschaft (Landtag) wie auch durch alle anderen Landesparlamente bis spätestens zum 31. Dezember 2000 notwendig, anderenfalls wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

Die wesentlichen Änderungen der rundfunkrechtlichen Staatsverträge, die der Ausschuss in seiner Sitzung am 17. November 2000 beraten hat, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Rundfunkgebühr wird entsprechend der Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (KEF) um 3,33 DM auf 31,58 DM monatlich erhöht.
- Der Finanzausgleich innerhalb der ARD wird entsprechend dem von den Ministerpräsidenten während ihrer Konferenz vom 10. bis 12. November 1999 gefassten Beschluss neu festgesetzt. Danach wird die Finanzausgleichssumme bis zum 1. Januar 2006 auf 1,0 v. H. des ARD-Nettogebührenaufkommens abgeschmolzen.
- Das Moratorium für die Nichterhebung von Rundfunkgebühren auf Rechner, die Rundfunkprogramme ausschließlich über Angebote aus dem Internet wiedergeben können, wird bis zum 31. Dezember 2004 verlängert.
- Das Recht der Kurzberichterstattung wird entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung vom 17. Februar 1998 (BVerfGE 97, 228) ausgestaltet.
- Fernsehveranstaltern, die von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik umstellen, wird ein Bestandschutz für die erstmalige Zuweisung digitaler Übertragungskapazitäten gewährt.
- Das Werbeverbot für Rundfunkprogramme, die nach dem Landesrecht in einem vereinfachten Zulassungsverfahren eine Erlaubnis erhalten können, wird aufgehoben.
- Fernsehtext des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darf zukünftig weder Werbung noch Sponsoring enthalten.
- Die Länder haben eine Protokollerklärung abgegeben, wonach ab dem Jahre 2005 die automatische Teilhabe der Landesmedien an Rundfunkgebührenerhöhungen entfällt. Bis dahin sollen die Aufgaben der Landesmedienanstalten und ihr weiterer Finanzbedarf überprüft werden.

Zusätzlich hat sich der Ausschuss über den Stand der Ratifikation in den Parlamenten der anderen Länder informiert.

Als Ergebnis seiner Beratung empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der den Fraktionen von SPD und CDU angehörenden Mitglieder, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss begrüßt zwar die vorgesehene Anhebung der Rundfunkgebühren, lehnt den Gesetzentwurf aber letztlich mit der Begründung ab, dass nicht zeitgleich mit der Verabschiedung des Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrages die Finanzierung von Radio Bremen in dem Umfang gesichert sei, wie es die Existenz und der Auftrag des Senders erforderten. Die Koalitionsfraktionen halten dem entgegen, dass zwischenzeitlich erfolgversprechende Schritte zur Zukunftssicherung Radio Bremens eingeleitet worden seien. Zudem drohe bei einer Ablehnung des Gesetzes ein Auseinanderfallen der ARD, wodurch sich die ohnehin schon schwierige Lage Radio Bremens weiter verschlechtern würde.

II. Antrag

Der Ausschuss beantragt, dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag zuzustimmen.

Bürger
Vorsitzender